

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Joachim Hagen

29.07.2017 /19.20-19.50 Uhr
30.07.2017 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/info

Inhalt:

- Nach dem Tod von zwei Hubschrauberpiloten in Mali – die Suche nach der Absturzursache
- Rüstungsprojekte als Dauerbaustelle – Von der Leyens Reformen ohne Wirkung?
- Mission impossible? Stabilisierungsbemühungen in Afghanistan
- Herausforderung Nordkorea – Chinas schwieriger Umgang mit dem Nachbarstaat

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon: Joachim Hagen. Und darum geht es heute:

- Rüstungsprojekte als Dauerbaustelle – Von der Leyens Reformen ohne Wirkung?
- Mission impossible? Stabilisierungsbemühungen in Afghanistan
- Und: Herausforderung Nordkorea – Chinas schwieriger Umgang mit dem Nachbarstaat

„Du kannst an Käfern schrauben. Oder an Tiger, Leopard und Puma.“ Mit diesem Slogan wirbt die Bundeswehr um Rekruten. Der Absturz eines Tiger-Kampfhubschraubers im Norden Malis diese Woche macht aber deutlich, dass die Bundeswehr eben kein Arbeitgeber ist wie alle anderen. Auch Mechaniker müssen damit rechnen, in Kampfgebieten eingesetzt zu werden und mit zu erleben, wie ihre Kameraden ums Leben kommen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sprach am Tag des Absturzes den Angehörigen der beiden getöteten Hubschrauber-Piloten ihr Beileid aus.

O-Ton von der Leyen

„Der Tod dieser Männer im Dienste unseres Landes trifft uns alle tief. Und er macht uns unendlich traurig. Die gesamte Bundeswehr trauert um diese tapferen Soldaten. Ihr Tod ist ein schmerzlicher Verlust. Er zeigt ein weiteres Mal, wie viel unsere Frauen und Männer zu geben bereit sind. Den Familien und Angehörigen möchte ich sagen, wir sind in dieser bitteren Stunde an ihrer Seite und trauern mit ihnen.“

Die Frage ist jetzt, ob der Tod der beiden Piloten vermeidbar gewesen wäre? Noch laufen die Untersuchungen, warum der Kampfhubschrauber abgestürzt ist. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali, MINUSMA, geht von einem technischen Fehler aus. Die Bundeswehrführung lässt diese Frage offen. Hinweise, dass die Maschine abgeschossen wurde, gibt es nicht. Mit dem Tiger gab es schon früher Probleme. Vor vier Jahren war ein Kampfhubschrauber dieses Typs bei einem Ausbildungsflug in Oberbayern abgestürzt. Die Besatzung wurde zum Glück nur leicht verletzt. Die deutschen Tiger wurden bislang in Afghanistan und jetzt in Mali eingesetzt. Allerdings war der Hubschrauber gar nicht für den Einsatz in Westafrika vorgesehen, weil dort die Temperaturen über 45 Grad steigen können. Der Inspekteur des Heeres musste eine Ausnahmegenehmigung erlassen. Auch der Wüstensand gilt als schwierig, weil er die Luftfilter verstopfen kann. Die Interessengemeinschaft des fliegenden und luftfahrzeugtechnischen Personals der Transport- und Hubschrauberverbände der Bundeswehr kritisierte, dass die Tiger nicht ausreichend für den Einsatz in Mali getestet worden seien. Aber auch fehlende Routine der Piloten auf der neuen Maschine wird als Unglücksursache nicht ausgeschlossen.

Sollte sich jetzt herausstellen, dass der Tiger wegen eines technischen Defektes abgestürzt ist, wird Verteidigungsministerin von der Leyen unter Druck geraten. Sie hatte versprochen, dass die Bundeswehr mit dem bestmöglichen Gerät ausgerüstet werde. Ein Kampfhubschrauber, der mit dem Wüstenklima nicht zu Recht kommt, gehört nicht dazu.

Und damit sind wir bei unserem ersten Thema: Dem Beschaffungswesen der Bundeswehr. Immer wieder war es in den vergangenen Jahrzehnten zu Pan-

nen beim Kauf von Rüstungsgütern gekommen. Panzer waren teurer als geplant, Schiffe konnten nicht das, was sie eigentlich sollten und die Entwicklung neuer Flugzeuge dauerte länger als versprochen. Das alles wollte Verteidigungsministerin von der Leyen ändern. Jetzt ist sie seit vier Jahren im Amt. Zeit Bilanz zu ziehen. Otfried Nassauer berichtet.

Manuskript Otfried Nassauer

Für die Bundeswehr war die Reform des Beschaffungswesens das vielleicht wichtigste Thema der letzten vier Jahre. Dazu enthielt der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Jahr 2013 drei zentrale Aussagen. Erstens hieß es:

Zitat:

„Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Dabei steht ihre Sicherheit im Mittelpunkt. Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht und nicht, was ihr angeboten wird.“

Als Zweites wurde festgehalten:

Zitat:

„Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische Ausrüstungsgüter vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung der verabredeten Preise und Qualität geliefert werden.“

Schließlich hieß es:

Zitat:

„Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“

Umgesetzt werden sollte dies im Rahmen der bestehenden Finanzplanung. Das hieß damals: Bis 2018 waren jedes Jahr zwischen 32 und 33 Milliarden Euro für die Bundeswehr eingeplant. Heute ist es deutlich mehr. 2017 stehen rund 37 Milliarden zur Verfügung, für 2021 sind sogar 42,4 Milliarden geplant. Aber reichen höhere Ausgaben, um die Ausrüstungs- und Beschaffungsprobleme der Bundeswehr zu lösen?

Ursula von der Leyen war erst wenige Monate im Amt, da musste sie bereits feststellen, dass ihr Haus bei Beschaffungen erhebliche Fehler gemacht, diese aber oft nicht eingestanden hatte. Im Frühjahr 2014 merkte sie an:

O-Ton von der Leyen

„Ich stelle allerdings fest, dass dieser Prozess der Klarheit und Transparenz bei Rüstungsvorhaben im Haus noch nicht gelebt wird und deshalb muss ich sowohl strukturelle als auch personelle Veränderungen vornehmen.“

Zusammen mit ihrer neuen Staatssekretärin, Katrin Suder, ließ sie etliche große Beschaffungsvorhaben durch externe Berater auf Schwachstellen durchleuchten. Rund 1500 Seiten umfasste der sogenannte KPMG-Bericht und bei seiner Vorstellung räumte Ministerin von der Leyen ein:

O-Ton von der Leyen

„Handwerkliche Fehler im Verteidigungsministerium, aber auch handwerkliche Fehler auf Seiten der Industrie, die ganz klar benannt werden müssen und politische Einflussnahme und dann kann man aus diesem ganzen Gebräu heraus sehen, dass die Diagnose, wenn auch schmerzhaft, richtig ist und uns auch sehr kostbare Hinweise darauf gibt, wo wir Veränderungen herbeiführen müssen und an diese Arbeit machen wir uns jetzt.“

Entdeckt wurden also drei sehr unterschiedliche Problembereiche, die es zu bearbeiten galt:

- Mangelnde Transparenz und eine falsche Fehlerkultur haben die Leitung des Ministeriums und das Parlament über entstehende Probleme bei Beschaffungsvorhaben oft lange im Unklaren gelassen.
- Schlecht ausgehandelte Verträge mit der Industrie bürdeten die Risiken der Beschaffungsprojekte oft einseitig dem Staat auf, nicht aber der Industrie, wenn diese nicht liefern konnte, was sie versprochen hatte.
- Schließlich hatten politische Eingriffe in die laufende Bundeswehrplanung, zum Beispiel durch die Politik angestoßene Beschaffungsvorhaben, dazu beigetragen, dass falsche Prioritäten gesetzt wurden.

Ein viertes, ebenfalls politisches Problem blieb dabei unbenannt. Die Aufgaben der Bundeswehr im In- und Ausland sind seit dem Ende des Kalten Krieges immer wieder erweitert worden ohne die Frage zu stellen, ob die deutschen Streitkräfte die dafür notwendigen Fähigkeiten überhaupt erbringen und unterhalten können.

Problem Nummer eins, die mangelnde Transparenz, ist von Ursula von der Leyen und Katrin Suder angegangen worden. Heute können die Zuständigen

für ein Projekt der Leitung des Ministeriums Probleme direkt vortragen. Auch das Parlament fühlt sich durch die regelmäßigen Berichte zum Stand der Beschaffungsprojekte jetzt besser informiert. Dieses „Mehr“ an Transparenz ist jedoch abhängig davon, ob es in der Leitung des Ministeriums Personen gibt, die genau wissen wollen, ob und wo Probleme entstehen.

Problem Nummer 2 – die schlecht ausgehandelten Verträge. Hier geht es im Kern um die Frage, ob die Industrie bereit ist oder gezwungen werden kann, das zu liefern, was sie bei der Auftragsvergabe versprochen hat. Katrin Suder hat das Gespräch mit dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gesucht. Sie hoffte wohl auf eine Selbstverpflichtung der Industrie, die notwendigen Reformen einzuleiten. Der Verband kann seine Mitgliedsunternehmen aber zu nichts verpflichten. Dem Ministerium blieb nur die Option, auf den Abschluss möglichst wasserdichter Verträge zu setzen. Auch das erwies sich als schwierig. Denn die Industrie verweigert die Unterschrift unter Verträge, bei denen sie die Risiken nicht abschätzen kann oder verlangte hohe Preisaufläge. Das Ministerium kaufte sich zudem in großem Umfang externen Sachverstand ein, um bessere Verträge abschließen zu können und bestehende Verträge professioneller abwickeln zu können. Die Auftrags- und Vertragsvorbereitung dauern deshalb heute deutlich länger als früher. Zentrale Vorhaben, die eigentlich in dieser Legislaturperiode angestoßen werden sollten, sind deshalb nicht mehr fertig geworden. Dazu gehören beispielsweise das Luftverteidigungssystem MEADS und das Mehrzweckkampfschiff 180.

Mehr noch: In den letzten beiden Wochen vor der Sommerpause wurden dem Bundestag mehr als zwei Dutzend Vorhaben mit einem Gesamtwert von mehr als 15 Milliarden Euro zur Entscheidung vorgelegt. Auch wenn die Verträge durch die Exekutive und ihre Berater besser vorbereitet worden sein sollten – auf Kosten einer gründlichen parlamentarischen Beratung sollte das nicht gehen.

Kritik hatten die Berater der KPMG schließlich auch an Eingriffen der Politik in die militärische Bedarfs- und Beschaffungsplanung geübt. Wenn einzelne Politiker oder Fraktionen nicht vorgesehene Großvorhaben aus industrie- oder re-

gionalpolitischen Gründen auf die Tagesordnung setzen und durchdrücken, gerät jede noch so gute Planung aus den Fugen. Zu verhindern, dass so etwas passiert, ist Aufgabe der politischen Leitung des Ministeriums. Daran ist Ursula von der Leyen gescheitert. Denn die Koalitionsfraktionen haben in dieser Legislaturperiode gleich zweimal in die Planung der Bundeswehr eingegriffen. 2015 lancierten sie Projekte, die die Heeresindustrie stärken sollten, zum Beispiel das zweite Los der gepanzerten Transportfahrzeuge vom Typ Boxer. Und im Herbst des vergangenen Jahres setzten die Haushälter Johannes Kahrs und Eckhard Rehberg die Beschaffung von fünf neuen Korvetten für die Marine durch – ein teures Geschenk an die Marineindustrie. Abgeordnete von Regierungsfractionen rechtfertigen solche Vorstöße oft damit, dass es ihre Aufgabe sei, politisch zu gestalten. Hinter diesem Argument lässt sich die Durchsetzung von Partikularinteressen hervorragend verstecken.

Wo also stehen wir nach vier Jahren der Reform des Beschaffungswesens? Ursula von der Leyen weiß, dass noch viel zu tun ist.

O-Ton von der Leyen

„Es wird nicht von heute auf morgen gehen, sondern noch eine ganze Zeit dauern, bis wir einen Zustand erreichen, mit dem wir zufrieden sein können.“

Es bleibt also abzuwarten, ob Beschaffungsprojekte der Bundeswehr künftig erfolgreicher verlaufen als bisher. Die Reformbemühungen auf Seiten des Staates können die Probleme, die die Industrie in der Vergangenheit verursacht hat, nicht lösen. Hinzu kommt: Die Beratungsunternehmen haben die Bundeswehr als Großkunden entdeckt. Sie werden sich dieses lukrative Geschäftsfeld erhalten wollen. Da sie sowohl den Staat als auch die Industrie beraten, haben sie auch gute Karten, im Geschäft zu bleiben. Für den Steuerzahler bedeutet das: Beschaffungen für die Bundeswehr werden mit Sicherheit teurer. Ob es gelingt, die Ausstattung der Armee künftig effizienter und besser zu organisieren, bleibt dagegen offen.

Hagen

Das Beschaffungswesen der Bundeswehr. Was ist von den hehren Zielen geblieben? Otfried Nassauer zog eine Bilanz.

Die Menschen in Afghanistan haben ein blutiges erstes Halbjahr hinter sich. Und es sieht nicht so aus, als würde sich irgendetwas ändern. Das Land wird von Anschlägen erschüttert – auch Regionen, die bisher als relativ friedlich galten. Einer der schlimmsten Anschläge war der Angriff auf die deutsche Botschaft in Kabul vor zwei Monaten. 160 Menschen kamen damals ums Leben. Auch die etwa 13-tausend Nato-Soldaten, die noch in Afghanistan sind, haben keine Chance. Sie gehören zu der Mission „Resolut Support“ - übersetzt heißt das so viel wie Entschlossene Unterstützung. Sie sollen die afghanische Armee ausbilden und unterstützen. Auch 900 Soldaten aus Deutschland gehören dazu. Aber sie stehen auf verlorenem Posten. Jürgen Webermann über die verfahrenere Lage in Afghanistan.

Manuskript Webermann

Afghanistan in der vergangenen Woche: Ein Selbstmordattentäter sprengt sich in Kabul in die Luft. Er tötet mindestens 40 Menschen. Es ist der zehnte große Vorfall in der afghanischen Hauptstadt seit Jahresbeginn. Die Taliban stürmen acht Distrikt-Hauptorte in mehreren Provinzen, nahezu gleichzeitig. Sie greifen an in Zentralafghanistan, in Nordafghanistan, in Ostafghanistan und im Süden des Landes. Der Sohn des Taliban-Anführers Haibatullah Akhunzada rammt angeblich einen mit Sprengstoff beladenen Wagen mitten in einen Außenposten der Armee in Helmand in Südafghanistan. Im Nordosten des Landes töten die Taliban mehr als 30 örtliche Polizisten. In der südlichen Provinz Kandahar entführen die Extremisten mehr als 50 Zivilisten. Einige werden später tot aufgefunden. In Ghor in Zentralafghanistan stürmen sie ein Krankenhaus. Ärzte und auch Kinder sterben.

O-Ton Yamamoto (overvoice)

„Ganz klar: Die Vorfälle werden immer mehr. Auch die Natur dieser Vorfälle ändert sich. Es sind nicht nur kleinere terroristische Angriffe. Es sind richtige Kämpfe. Und wir erwarten, dass dieser Trend sich fortsetzen wird. Wir erwarten auch mehr Opfer.“

Der Chef der UN-Mission in Afghanistan, der Japaner Tadamichi Yamamoto, im Interview mit dem ARD-Hörfunk. Die Vereinten Nationen haben in der vergangenen Woche ihre neueste Opferstatistik vorgestellt. Danach wurden seit Jahresbeginn weit mehr als 5-tausend Zivilisten in Afghanistan entweder getötet oder verletzt, darunter 1500 Kinder.

O-Ton Najibullah Jan (overvoice)

„Jeden Morgen, wenn ich mein Haus verlasse, weiß ich nicht, ob ich wieder lebend dorthin zurück kehren kann. Ich mache mir große Sorgen, dass meiner Familie etwas zustoßen könnte. Unser Land wird einfach immer unsicherer.“

Sagt der Kabuler Geschäftsmann Najibullah Jan. Er hat einen Laden in der Nähe der diplomatischen Enklave. Am 31. Mai steuerten Terroristen mitten im dichten Berufsverkehr einen Tankwagen, beladen mit Sprengstoff, an den Rand des Diplomatenviertels. Genau dort befindet sich auch die deutsche Botschaft. Eine gewaltige Explosion folgte. Das Hauptgebäude der Botschaft wurde zerstört. 150 Menschen starben. Einige deutsche Diplomateninnen und Diplomaten wurden verletzt. Es war der größte Anschlag in Kabul seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001.

Jetzt drohte die Lage zu entgleiten. Am Tag nach dem Anschlag protestierten Kabuler Bürger für mehr Sicherheit. Die Polizei schoss scharf. Es gab Todesopfer, darunter der Sohn eines hochrangigen Politikers. Bei dessen Beerdigung schlugen noch einmal zwei Selbstmordattentäter zu.

O-Ton Rahmatullah (overvoice)

„Wir standen alle geschlossen zusammen, um zu beten. Als der Mullah Gott ist Groß ausrief und mit dem Gebet beginnen wollte, hörten wir eine Explosion. Alle rannten durcheinander. Dann knallte es noch einmal. Ich sah viele Menschen auf dem Boden liegen. Überall war Blut.“

Erinnert sich Rahmatullah, einer der Trauergäste. Auch Regierungsgeschäftsführer Abdullah Abdullah war zur Beerdigung gekommen – er ist nach Präsident Ghani die Nummer Zwei in Afghanistan. Abdullah entkam ohne Verletzungen. Noch eine Meldung aus der vergangenen Woche: Die Regierung stoppt ein Privatflugzeug, das in der Türkei gestartet war und im nordafghanischen Mazar-i-Sharif landen will. Die Maschine muss nach Turkmenistan ausweichen. Angeblich sind Geschäftsleute an Bord. Aber sie wehren sich gegen die An-

weisung, in Kabul zu landen, um die Maschine und die Insassen zu überprüfen. Denn offenbar befand sich unter den Passagieren auch Afghanistans Vizepräsident, General Abdul Rashid Dostum. Für einige ist der Usbeke ein Kriegsheld, für andere ein Kriegsverbrecher. Als Präsident Ghani ihn vor drei Jahren zu seinem Vize ernannte, entschuldigte sich Dostum für die Gewalt, vor allem während des Bürgerkriegs in den 90er Jahren. Aber inzwischen ist auch Dostum außer Kontrolle geraten. Er kämpfte persönlich im vergangenen Jahr in Nordafghanistan, wo die Taliban immer weiter vorrückten. Dostum wurde verletzt. Dann ließ er einen Widersacher entführen und foltern. Der General verschanzte sich mit seinen Schergen in seiner Residenz in Kabul. Erst nach Wochen durfte er in die Türkei ausfliegen, offiziell zur medizinischen Behandlung. Für viele Afghanen war das die endgültige Kapitulation des afghanischen Rechtsstaates. Für andere belegt die Episode noch etwas anderes: Die völlige Zerrissenheit der afghanischen Regierung, die auch der UN-Afghanistan-Beauftragte Yamamoto betont.

O-Ton Yamamoto (overvoice)

„Dabei ist es wichtig, dass die afghanische Regierung alle gesellschaftlichen Gruppen des Landes vereint. Es ist wichtig, dass die Regierung alle Gruppen dazu bringen kann, ihre Politik zu unterstützen.“

2014 war die so genannte Einheitsregierung nach monatelangem Streit ernannt worden. Die Präsidentschaftswahlen wurden durch Fälschungen zur Farce. Am Ende einigten sich die rivalisierenden Lager auf Druck der USA, dem angeblichen Wahlsieger Ashraf Ghani das Präsidentenamt zu geben und Ghanis Widersacher Abdullah Abdullah die Geschäftsführung der Regierung zu übertragen – also eine Art Premierminister zu benennen, den es bis dahin so nicht gab. Spätestens 2016 sollte mit dem merkwürdigen Konstrukt Schluss sein. Außerdem sollten Ghani und Abdullah Parlamentswahlen durchführen lassen. Beides ist nicht geschehen.

O-Ton Khan Zaman (overvoice)

„Unsere Geschäfte laufen schlecht, wir haben keine Sicherheit. Jeder ist arbeitslos hier. Die Wirtschaft ist am Boden. Die Regierung bekommt nichts hin. Die Leute sterben hier. Die Regierung schaut nur zu, aber sie tut nichts.“

Beschwert sich Khan Zaman, ein Zimmermann aus Mazar-i-Sharif. Seit die internationalen Kampftruppen Ende 2014 abgezogen sind, ging es steil bergab mit Afghanistans Wirtschaft. Der eskalierende Krieg trifft längst auch bisher vermeintlich sichere Regionen wie die um Mazar-i-Sharif in Nordafghanistan. Im vergangenen November griffen Extremisten das deutsche Generalkonsulat an und zerstörten es. Und im April starb Khan Zamans kleiner Bruder in der Armeekaserne von Masar. Mindestens zehn Terroristen waren, als Soldaten verkleidet, auf das weitläufige Gelände des 209. Korps gelangt, dem Camp Shahin. Zwei sprengten sich in die Luft, die anderen acht schossen an der Moschee und in der Kantine stundenlang um sich. Mindestens 140 afghanische Soldaten starben.

O-Ton Oberst Utsch

„Ich habe mich da durchaus in den Tagen nach dem 21. April in diesem Lager nicht mehr so sicher gefühlt wie vorher. Die Tatsache, dass das passiert ist, war auch für mich unfassbar, vor allem in der Dimension. Also man muss ja hier schon von einem Massaker sprechen, was da passiert ist. Das war von der Dimension her neu und musste auch von mir erst einmal verarbeitet werden. Ich habe einige Tage gebraucht, bis ich dieses Gefühl wieder ablegen konnte und höre heute noch, wenn ich irgendwelche fremden Geräusche dort in einem Büro von außen hereindringen höre, man hört genauer hin. Das ist eine Folge, die ich auch an mir beobachtet habe.“

Der Bundeswehr-Oberst Utsch leitet die Trainingseinheiten für afghanische Soldaten im Camp Shaheen. An jenem Freitag waren auch Deutsche in dem afghanischen Lager, in ihrem kleinen, speziell gesicherten Bereich, genannt „der sichere Hafen“. Die Bundeswehr-Kaserne, in der internationale Einheiten der Resolute Support Mission untergebracht sind, ist zwar nur ein paar Kilometer entfernt. Aber aus Sicherheitsgründen fliegen die Ausbilder ins Camp Shaheen, statt durch Mazar-i-Sharif zu fahren. Rund tausend Bundeswehr-Angehörige arbeiten derzeit in Afghanistan. Sie bilden ihre afghanischen Kameraden aus oder unterstützen sie in taktischen Fragen. In die Kämpfe eingreifen dürfen nur US-Soldaten. Und das tun sie häufig, auch im Kommandobereich der Bundeswehr. Oberst Utsch:

O-Ton Oberst Utsch

„Die Armee ist noch nicht so weit, dass sie eigenständig in der Lage ist zu arbeiten und auch Operationen durchzuführen.“

Auch wenn die Zustandsbeschreibung des Bundeswehr-Obersts bereits präzise klingt, würden andere sie noch für zu positiv formuliert halten. Zwar ist die afghanische Armee gut ausgestattet und wird durch ihre westlichen Partner ständig mit neuem Kriegsgerät versorgt. Aber mangelnde Strategien und vor allem eine ausufernde Korruption schwächen die Truppen. Viele Soldaten existieren nur auf dem Papier. Viele Vorgesetzte verkaufen Benzin oder Waffen dreist weiter – auch an die Taliban. Amerikanische Inspektoren, die die Vergabe von US-Geldern in Afghanistan überwachen, bezeichnen die Generäle der Armee in ihrem jüngsten Bericht als besonders korrupt. Auch deshalb sei derzeit gerade mal etwas mehr als die Hälfte des Landes unter Kontrolle der Regierung - der Rest ist entweder umkämpft oder in der Hand der Taliban. Einige Distrikte kontrolliert der so genannte Islamische Staat, der ebenfalls in Afghanistan aktiv ist. Wie verworren die Aufgabe auch der deutschen Trainer und Ausbilder ist, beschreibt der Kommandeur der Bundeswehr-Einheiten in Mazar-i-Sharif, General André Bodemann.

Q-Ton André Bodemann

„Ich habe sehr viele tapfere Afghanen gesehen, die ihr Land tatsächlich verteidigen wollen, die ihre Familien verteidigen wollen. Und wir wissen von anderen, dass sie auf Grund der Tatsache, dass sie aus einem Bereich stammen, in dem sie kämpfen, dass die Familienverhältnisse verwoben sind. Das heißt: Ein Teil der Familie ist bei den Taliban, und ein Teil der Familie ist bei der Polizei oder bei der afghanischen Armee. Und dort schießt man natürlich nicht aufeinander. Und deswegen wirkt sich das auch nicht besonders förderlich auf die Motivation der Sicherheitskräfte aus, weil man auf der anderen Seite ein Familienmitglied hat.“

Zusätzlich kompliziert wird der afghanische Krieg weiterhin von außen. Dass Pakistan die Taliban seit jeher unterstützt, ist ein offenes Geheimnis. Pakistani Sicherheitskreise sind immer noch wie besessen von dem Gedanken, dass sich Erzfeind Indien mit Afghanistan zusammen tun und Pakistan in die Zange nehmen könnte. Deshalb versucht der Geheimdienst ISI, Afghanistan zu destabilisieren. Gleichzeitig hat Pakistan Hunderttausende Afghanen, die seit Jahrzehnten in Pakistan lebten, in ihre Heimat zurück gedrängt – dort gibt es aber so gut wie keine Perspektiven. Ähnlich agiert der Iran, der ebenfalls im Verdacht steht, die Taliban zu unterstützen. Sogar Russlands Afghanistan-Beauftragter Kabulow gab im Winter unumwunden zu, die Taliban und Russland verfolgten ähnliche Interessen. Spezifisch wurde Kabulow nicht, Beobach-

ter vermuten aber die Bedrohung durch den so genannten Islamischen Staat als Hintergrund. Die Taliban bekämpfen den IS in Afghanistan. Dass die Extremisten auch die westliche Politik unterminieren, dürfte Russland gelegen kommen.

Die USA reagierten jetzt mit der Ankündigung, die Kampftruppen in Afghanistan um mehrere tausend Soldaten aufzustocken. In weitaus größerem Stil hatte das Pentagon schon 2009 eine ähnliche Strategie verfolgt – mit dem so genannten „Surge“, also der „Truppenschwemme“. Erreicht haben die USA damit nichts. Ihr längster jemals ausgefochtener Krieg dauert jetzt seit 16 Jahren an und eskaliert in diesem Jahr sogar noch – ein Ende ist nicht in Sicht.

Hagen

Jürgen Webermann über den Krieg in Afghanistan.

Wer in der Beziehung zwischen China und Nordkorea den Ton angibt, das sollte eigentlich klar sein. Das kleine Nordkorea ist wirtschaftlich abhängig vom großen Nachbarn. Sowohl bei Energielieferungen als auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln ist Nordkorea auf China angewiesen. Trotzdem lässt Nordkorea keine Möglichkeit aus um zu provozieren. Jeder Atom- oder Raketentest wird in China als Schlag ins Gesicht empfunden. Der Geduldsfaden der chinesischen Führung mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un ist bis zum zerreißen gespannt.

Manuskript Dorloff

Nordkorea Anfang Juli: das Land feiert den erfolgreichen Test einer Interkontinental-Rakete. Massenkundgebung in der Hauptstadt Pjöngjang. Zehntausende Soldaten, die stramm stehen. Menschen in traditionellen, bunten Trachten, die singen und tanzen. Jang Chang Ha, Präsident der Nationalen Wissenschaftlichen Akademie für Verteidigung, gelobt die militärische Stärke Nordkoreas.

O-Ton Jang Chang Ha (overvoice)

„Der erfolgreiche Start der Interkontinental-Rakete ist eine Demonstration unserer gewaltigen Macht und ein großer Sieg unserer Nation und unseres Volkes. Wir haben diesen Sieg aus eigener Kraft und durch energische Anstrengungen erreicht.“

Nur zwei Flugstunden von Pjöngjang entfernt liegt Chinas Hauptstadt Peking. Hier ist die Stimmung weniger feierlich. Wie immer, wenn Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un einen neuen Atom- oder Raketentest vermeldet. Die Reaktionen der chinesischen Führung sind dann fast reflexartig immer die gleichen. Geng Shuang, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, muss als erster vor die Presse.

O-Ton Geng Shuang (overvoice)

„Die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verbieten klar einen solchen Raketentest. China lehnt den Raketentest Nordkoreas deshalb ab. Wir rufen Nordkorea dazu auf, sich an die Resolutionen zu halten und zu Gesprächen zurückzukehren. Die Situation auf der koreanischen Halbinsel ist komplex und fragil. Wir hoffen, dass alle Seiten Zurückhaltung üben, um die Situation zu entschärfen und einen Weg des friedlichen Dialogs zu ermöglichen.“

Keine Eskalation, Ruhe bewahren, zurück an den Verhandlungstisch, so immer wieder die offizielle Rhetorik aus Peking. Auch der chinesische Außenminister Wang Yi betont: Chinas Führung bleibe bei dieser Haltung.

O-Ton Wang Yi (overvoice)

„Wir stehen zu unseren Prinzipien, wenn es um den Atomstreit auf der koreanischen Halbinsel geht. Das wichtigste ist für uns dabei: wir wollen eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel. Wir lehnen das Atomwaffenprogramm Nordkoreas ab. China wird mit seinen Partnern weiter den Weg der UN-Sanktionen gegen Nordkorea mitgehen.“

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte Nordkorea mehrfach vor weiteren Atom- und Raketentests gewarnt. Ohne Erfolg. Im Februar hatte China angekündigt, den Import von Kohle aus Nordkorea bis zum Ende des Jahres zu stoppen. Auch ohne sichtbare Wirkung.

Der Politikwissenschaftler Yang Xiyu weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig die Verhandlungen um eine friedliche Lösung im Streit mit Nordkorea sind. Im chinesischen Außenministerium hat er jahrelang die Abteilung für die korea-

nische Halbinsel geleitet und war an den Sechs-Parteien-Gesprächen über das nordkoreanische Atomprogramm direkt beteiligt. Heute arbeitet er für das regierungsnahe China-Institut für Internationale Studien in Peking. Und er stellt fest: die Beziehungen Chinas zum Nachbarn Nordkorea haben in den vergangenen Jahren gelitten.

O-Ton Prof. Yang Xiyu (overvoice)

„Die unterschiedlichen Sichtweisen beider Seiten zum Nuklearprogramm Nordkoreas sind immer mehr in den Vordergrund getreten. Allein deshalb, weil Pjöngjang seine Position geändert hat. Chinas Ziel ist weiter eine atomwaffenfreie, koreanische Halbinsel. Darum sage ich: die chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen sind so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr.“

Trotzdem hält China weiter am Weg der Sanktionen durch die UN fest. Die Führung in Peking zieht dabei strategisch aber eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf, sagt Korea-Experte Yang.

O-Ton Prof. Yang Xiyu (overvoice)

„China hat sehr klare Prinzipien: keinen Krieg und kein Chaos. US-Präsident Trump sagt: alle Optionen sind auf dem Tisch. Wenn ich die Position von Chinas Präsident Xi beschreiben soll, dann sage ich: alle Optionen sind auf dem Tisch, ausgenommen die militärische Option. Da liegt der Unterschied. Aber beide, Präsident Xi und Präsident Trump, wollen ein atomwaffenfreies Nordkorea.“

Kritiker bemängeln immer wieder, dass China seinen Einfluss auf Nordkorea nicht ausreichend nutze. Vor allem die US-Regierung unter Präsident Donald Trump versucht, China davon zu überzeugen, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen. Als kürzlich die Meldung kam, dass der Handel zwischen China und Nordkorea trotz UN-Sanktionen an Fahrt gewinnt, kam eine wütende Twitter-Nachricht von US-Präsident Trump, Zitat:

Zitat Trump

„Der Handel zwischen China und Nordkorea ist im ersten Quartal um fast 40 Prozent gestiegen! So viel dazu, dass China mit uns zusammenarbeitet! Aber wir mussten es versuchen.“

China versicherte postwendend, dass man alle UN-Sanktionen gegen Nordkorea weiterhin umsetze. Aber Peking reagiert auf die Mahnungen aus den USA zunehmend genervt. Sehr deutliche Worte fand kürzlich der chinesische Au-

ßenamtssprecher Geng Shuang. Er wies die Kritik an der vermeintlich zu passiven Rolle Chinas im Streit um Nordkoreas Atomprogramm entschieden zurück.

O-Ton Geng Shuang (overvoice)

„Wenn es um den Atomstreit auf der koreanischen Halbinsel geht, führen einige Leute in letzter Zeit immer wieder die so genannte „China ist verantwortlich“-Theorie ins Feld. Das zeigt entweder, dass man den Sachverhalt nicht verstanden hat oder es gibt übergeordnete Motive, um Verantwortung von sich zu weisen. Schon seit langem ist China in seinen Anstrengungen unermüdlich und nimmt eine konstruktive Rolle ein. Chinas Beitrag zur Lösung des Atomstreits ist für jeden mehr als offensichtlich.“

Historisch gilt die koreanische Halbinsel als Interessengebiet Chinas. Im Korea-Krieg von 1950 bis 1953 rettete die Volksrepublik das kommunistische Nordkorea. Seit 1961 hält China mit Nordkorea einen Beistandsvertrag, auch wenn die gegenseitigen Verpflichtungen über die Jahre verringert wurden. Die alte Verbundenheit wurde aber zuletzt unter Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un immer brüchiger und wird mittlerweile auch in China scharf kritisiert. Der Historiker Shen Zhihua ist einer der bekanntesten Korea-Experten im Land. Er stellt das traditionelle Bündnis mit Nordkorea generell in Frage.

O-Ton Shen Zhihua (overvoice)

„Nordkorea entwickelt Atomwaffen und macht immer weiter nur Ärger und verschärft die Krise. Und bedroht damit Stabilität und Sicherheit einer ganzen Region. Das bedroht direkt die nationalen Interessen und die Stabilität Chinas. Und das ist ein Problem, ein großes Problem.“

Der Historiker Shen Zhihua hat deshalb kürzlich in einer Rede an der Universität in der nordostchinesischen Stadt Dalian gefordert, das traditionelle Bündnis mit Nordkorea ganz aufzugeben. Es gäbe dafür schlicht keinen guten Grund mehr. China solle sich lieber Südkorea zuwenden.

Aber noch hängt Nordkorea an Chinas Tropf. Bis zu 90 Prozent des nordkoreanischen Energieverbrauchs ist abhängig von China. Rund drei Viertel der Getreideimporte Nordkoreas kommen ebenfalls aus der Volksrepublik. Für Nordkorea ist China mit Abstand die größte Quelle für Handel und für Hilfsgüter. Die chinesischen Staatsmedien spekulieren schon länger über einen möglichen Stopp der chinesischen Öl-Lieferungen an Nordkorea. Gleichzeitig hat die chi-

nesische Führung aber Angst vor einer Destabilisierung des Nachbarn. Flüchtlinge und Chaos an der Grenze möchte man auf keinen Fall. Trotzdem: sollte Nordkorea wieder Atomwaffen testen, hält Experte Yang Xiyu vom China-Institut für Internationale Studien weitere Sanktionen für möglich.

O-Ton Prof. Yang Xiyu (overvoice)

„Wenn Nordkorea das tut, wird China reagieren. Viel schärfer als zuvor. Weil das eine sehr gefährliche Provokation wäre. Wenn Nordkorea den sechsten, siebten oder achten Atomwaffentest unternimmt, was passiert dann in der chinesischen Grenzregion? Wir machen uns darüber große Sorgen.“

Ein Atomwaffentest Nordkoreas bedeutet für China eine direkte Gefährdung der nationalen Sicherheit. Die Volksrepublik fürchtet dabei um das Wohl seiner Grenzbewohner. Nach jedem Atomwaffentest haben die chinesischen Behörden die Radioaktivität in der Grenzregion im Nordosten des Landes gemessen. Offenbar gab es bislang keine auffälligen Werte. Noch bleibt Chinas Außenminister Wang Yi bei der Strategie, verbal zu deeskalieren.

O-Ton Wang Yi (overvoice)

„Es geht nicht darum, wer skrupelloser droht oder die Faust größer ballt. Wenn es zum Krieg kommt, gewinnt keiner. Darum rufen wir alle Seiten dazu auf, die Situation nicht weiter hochzuschaukeln und sich nicht gegenseitig zu drohen. Weder mit Worten noch mit Taten. Denn dann wird es immer schwieriger, die Lage zu beruhigen.“

Chinas Nordkorea-Politik befindet sich weiter in einem Dilemma: für die Führung in Peking ist es eine schwierige Gradwanderung, wie viel Druck sie auf Nordkorea ausüben kann. Auf keinen Fall möchte Peking seinen Nachbarn mit zu harten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen destabilisieren oder gar einen Machtwechsel herbeiführen. Zu groß ist die Angst vor den Folgen, wenn der Nachbar Nordkorea implodiert. Aber hinter den Kulissen verliert die chinesische Führung zunehmend die Geduld mit Nordkorea. Eigene, konkrete Ideen zur Lösung der Krise und im Umgang mit Machthaber Kim Jong-un bietet China aber nicht.

Hagen

Axel Dorloff berichtete. Weitere Informationen über die angespannten Beziehungen Chinas zu Nordkorea finden sie auch auf unserer Internetseite www.ndr.de unter dem Stichwort Streitkräfte. Dort können Sie sich auch diese Sendung als Podcast herunterladen und den Newsletter von Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Damit geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu ende. Am Mikrophon war Joachim Hagen.